

Die Vorsitzende, Abg. Bähr-Losse führte aus, dass alle Ausschussmitglieder, die nicht der Lenkungsgruppe angehörten, gleichwohl ständig auf dem Laufenden gehalten werden sollten, damit der Prozess von allen mitgetragen werde.

Abg. Kretschmer verwies auf die Vorlage, aus der hervorgehe, dass die kreisangehörigen Städte und Gemeinden in der Sitzung der Sozialdezernentinnen und Sozialdezernenten über den Aktionsplan informiert worden seien. Im Schulausschuss der Stadt Bornheim sei auf Nachfrage die Art der Information ziemlich negativ dargestellt worden. Sie erfragte, wie die Sozialdezernentinnen und Sozialdezernenten über den Aktionsplan unterrichtet worden seien.

Ltd. KVD Allroggen sagte, dass er sich wundere und nicht sagen könne, woher die Kritik komme und was sie konkret zum Gegenstand habe. Man habe genau über Inhalt, Konstruktion und Verlauf des Aktionsplanes informiert und den Städten und Gemeinden sehr deutlich gesagt, dass man nichts zwingend den Kommunen vorgeben werde, sondern man schaffe einen Lösungsansatz für den Umgang mit dem Thema. Die Kommunen könnten daran mitwirken, seien aber nicht gebunden.

Abg. Kretschmer bat, dass die Antwort zum Protokoll gegeben werde. Es sei im Schulausschuss gesagt worden, dass keine grundlegenden Informationen geflossen seien.

Ltd. KVD Allroggen sagte, dass man einen Auszug aus dem Protokoll oder einen entsprechenden Hinweis zu Protokoll geben könne.

Anmerkung der Verwaltung: Auszug aus der o.g. Niederschrift ist als Anlage beigefügt.

Abg. Herchenbach-Herweg berichtete, dass in der Stadt Hennef aktuell unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ein Aktionsplan erstellt werde. Sie äußerte die Sorge, dass hierbei Synergien verloren gehen könnten und fragte, inwieweit an eine Vernetzung oder Kooperation gedacht werde.

Weiterhin erfragte sie, was bei der im April stattgefundenen Runde der Fachämter im Haus herausgekommen, bzw. was der Tenor sei. Wenn dies nicht mitgeteilt werden könne, könne dies auch zu Protokoll gegeben werden.

Sie merkte in Bezug auf das Protokoll der Lenkungsgruppensitzung an, dass die Formulierung „Veränderung für Menschen mit Behinderung“ aus ihrer Sicht zu kurz gefasst sei, da es bei Inklusion nicht nur um Menschen mit Behinderungen gehe. Der Begriff der Inklusion sei weiter zu fassen. Dies solle anders formuliert werden, da Inklusion sehr viel mit Haltung zu tun habe. Es könne nicht sein, dass Inklusion nur auf Menschen mit Behinderung bezogen werde.

Ltd. KVD Allroggen erwiderte, dass man diese Formulierung so interpretieren könne, aber man habe bei den bisherigen Beratungen nicht nur über Menschen gesprochen, die selber eine Behinderung haben, sondern es ging ausdrücklich auch darum, dass Menschen, die keine Behinderung haben, zu einer bestimmten Umgangsweise bewegt werden.

Wie bei der Integration reiche es nicht aus, wenn ein Teil oder eine Gruppe sich bewege, sondern es müssten alle mit machen.

Es sei bei der zuvor angesprochenen Veranstaltung zunächst darum gegangen, diejenigen, die möglicherweise vom Thema berührt seien, über den Sachstand und die Zielsetzung zu informieren sowie Möglichkeit zu eröffnen, etwas zur weiteren Umsetzung beizutragen. Es sei auch darum gegangen, Verständnis für diesen Prozess zu wecken, um im Weiteren in den Fachämtern selber initiativ werden zu können. Daher könne und solle Inklusion nicht von einem einzelnen Bereich in der Verwaltung isoliert gedacht und vorangebracht werden, sondern Inklusion sei ein Querschnittsthema, an dem alle mitarbeiten müssten. Dies müsse in vielen Schritten gemacht werden, aktuell sei man erst bei dem Einstieg.

Keineswegs solle es zu Doppelstrukturen und Synergieverlusten kommen, daher habe es diese erste Information für die Städte und Gemeinden gegeben. Es werde ein laufender Prozess mit weiteren Gesprächen werden. Dem Auftragnehmer des Kreises sei die Kommunikation mit allen, die an dem Thema aktiv mitarbeiten können, sehr wichtig.

Diese müsse in geordneten Bahnen stattfinden, damit man sich nicht in Gesprächen verliere.

Diese Richtung in vielen kleinen Einzelschritten zu verfolgen, halte er für gut, so Ltd. KVD Allroggen. Er hoffe, dass hieraus eine breite Überzeugung und Bewegung entstehen werde.

Abg. Schmitz führte aus, dass noch keine konkreten Maßnahmen erarbeitet worden seien. Letztendlich seien auch die wesentlichen Aspekte schon angesprochen worden, worauf es bei Inklusion ankomme und welche Dinge in welcher Art und Weise nach vorne gebracht werden müssten. Er verwies auf Seite 8 der Einladung. Dort sei unter der Überschrift „Doppelhaushalt“ ersichtlich, dass noch keine konkreten Maßnahmen erarbeitet worden seien. Das Maßnahmenpaket werde sich letztendlich im Laufe der Zeit erstellen; es sei aber zu Beginn des Prozesses auch festgelegt worden, dass es Sache der politischen Gremien sei, über die Umsetzung der Handlungsempfehlungen zu entscheiden.

Diesbezüglich sei die Formulierung im letzten Absatz, dass Handlungsempfehlungen umgesetzt werden müssten, unglücklich. Andererseits halte er es hinsichtlich der Haushaltsberatung für unerlässlich, Gelder für die Jahre 2017/18 zur Verfügung zu haben, so dass man es letztendlich so dokumentiert habe, dass die 50.000 € in der Summe als Planrahmen im Zusammenhang mit der Haushaltsberatung zu verstehen seien.

Deshalb sei der Betrag mit einem Sperrvermerk zu versehen, um ihn haushalterisch zu beschreiben und letztendlich, wenn einzelne Maßnahmen anstehen, durch den Ausschuss freizugeben. Dass der Finanzausschuss hier auch zu beteiligen sei, stehe außer Frage. Dies sei für die Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt unentbehrlich.

Die Vorsitzende, Abg. Bähr-Losse fügte hinzu, dass man sich in der Lenkungsgruppe bemüht habe, nicht zu konkret zu formulieren, da man Maßnahmen noch nicht konkret benennen könne. Weil jedoch die Haushaltsberatungen anständen, habe man einen Betrag einstellen müssen.

Sie bat, in den jeweiligen Fraktionen deutlich zu machen, dass man nicht einen Prozess lostreten könne, ohne ihn finanziell zu begleiten.

Sie sei für Mitteilungen im Ausschuss dankbar, wenn in einzelnen örtlichen Ausschüssen und Räten Schwierigkeiten bestehen würden. Sie könne auch verstehen, dass die Fachämter Sorge hätten, dass sie noch Aufgaben dazu bekämen, daher sei dort ein bisschen Vorsicht im Gange. Das habe man in der Lenkungsgruppe auch besprochen.

Sie teilte mit, dass die in diesem Bereich tätige Firma versuchen würde, alle mit ins Boot zu nehmen und prüfe, was im Kreis möglich und sinnvoll sei. Es sei insofern ein offener Prozess, der sich zurzeit haushalterisch nicht konkreter darstellen lasse.

SkB Albrecht machte deutlich, dass man die Aussage von Herrn Schmitz in Bezug auf den Sperrvermerk unterstütze, damit man im Weiteren im Ausschuss über die Umsetzung der Maßnahmen entscheiden könne.

Abg. Haselier führte aus, dass das Thema sehr wichtig sei. Man erwarte, dass mit dem Aktionsplan ganz konkrete Einzelmaßnahmen verbunden sein werden. Wenn man das Vorgehen mit dem Sperrvermerk heute einmütig beschließen werde, dann sei das keine Rechtfertigung gegenüber den Finanzpolitikern, sondern man gebe den Hinweis, dass man dann, wenn der Haushalt schon verabschiedet sein werde, erst Maßnahmen in diesem Ausschuss vorgestellt bekommen werde. Erachte man diese übereinstimmend für sinnvoll, werde man das Geld dafür verausgaben. Insofern sei die Vorarbeit sehr gut gewesen, aber mit dem notwendigen Vermerk, den Betrag bis zur Erforderlichkeitsprüfung im AIG zu sperren.

Die Vorsitzende, Abg. Bähr-Losse machte deutlich, dass man heute dazu keinen Beschlussvorschlag vorliegen habe. Sie bat, dass man im Protokoll das Stimmungsbild vermerke, dass dieses Vorgehen so umgesetzt werden solle.

Abg. Herchenbach-Herweg fügte hinzu, dass sie zu dem Punkt ganz bewusst nichts gesagt habe, da sie der Meinung sei, dass man noch nicht in den Haushaltsberatungen sei. Sie gehe jedoch davon aus, dass alle für die zuvor genannte Vorgehensweise seien. Man könne nicht sagen, dass man für die Erstellung eines Aktionsplanes sei, und dann folge darauf nichts mehr.

Zum Vorschlag der Vorsitzenden, Abg. Bähr-Losse, dieses Verfahren so im Protokoll festzuhalten, um es den Haushaltspolitikern so mitteilen zu können, gab es keine Gegenstimmen. Sie bat, dies im Protokoll zu vermerken.

Des Weiteren führte sie aus, dass es ein Standortfaktor sein könne, wenn der Aktionsplan vernünftig umgesetzt werde. Sie dankte allen, die an den Sitzungen teilnehmen und sich ernsthaft bemühen würden, etwas Vernünftiges auf den Weg zu bringen.